Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 16,200.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 289. Donnerstag den 16. October 1879. 73. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

Die auf dem **hiesigen fiscalischen Holzverkaufsplatze** auf dem Kohlenbahnhofe des Bayerischen Bahnhofes aufgestellten Brennhölzer werden von heute ab zu den herabgesetzten Preisen von

**11 Mark** für den Kubikmeter **weiche Scheite** und
**9 „ „ „ „ „ Rollen** (Klöppel)

verkauft.

Zur Abfuhre des Holzes kann „Holzhofsgeschirre" benutzt werden und wird in solchem Falle das zeither von gültig gewesene Fuhrlohn von

48 ₰ für den Cubikmeter Holz

berechnet.

Bestellungen werden angenommen nicht nur auf dem vorgedachten Holzverkaufsplatze selbst, sondern auch in dem ehemaligen Holzverwalterei-Gebäude am **Flotzplatze Nr. 12** parterre rechts und der Expedition der unterzeichneten **Königl. Bauverwalterei**, im östlichen Flügel des Schlosses Pleißenburg.

Leipzig, am 23. September 1879.

**Königliche Bauverwalterei.**

## Versteigerung auf den Abbruch.

**Sämmtliche Baulichkeiten** in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken:

1) **Ranstädter Steinweg Nr. 75** (früher Naumann'sches Grundstück) und **Nr. 76** (vormaliges Predigerwohnhaus der Jakobskirche)
2) **Ranstädter Steinweg Nr. 78** (altes Militairhospital) und **Nr. 79** (ehemaliges Tuchmacher-Innungshaus)

allen in obigen zwei Abtheilungen

**Dienstag, den 21. d. M., Vormittags 11 Uhr**

im **großen Saale** der **Alten Waage**, Katharinenstraße Nr. 29, 2 Stockwerk **auf den Abbruch** versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigernden Baulichkeiten speciell aufgeführt sind, liegen in unserem **Bauamte** (Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus, auch werden die Gebäude **Montag, den 20. d. M., Vormittags** von **10—12 Uhr** und **Nachmittags** von **2—4 Uhr** zur Besichtigung geöffnet sein.

Leipzig, den 10. October 1879.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Cerutti.

## Bekanntmachung,

**die Fabrikation von Phosphorpillen betreffend.**

Das königl. Ministerium des Innern hat zum Schutze der bei der Fabrikation von Phosphorpillen beschäftigten Arbeiter, sowie zugleich im Interesse der Bewohner von Nachbargrundstücken folgende Anordnungen getroffen:

1) Der Phosphor ist behufs Bereitung der Phosphorpillen in einem schleimig gemachten Wasser, in einem geschlossenen Gefäße, bei höchstens 60° Celsius, in den Zustand seiner Vertheilung zu bringen.
2) Diese Flüssigkeit ist nur nach ihrer vollständigen Erkaltung mit dem Mehle zur Pillenmasse zu verarbeiten. Macht sich zu diesem Zwecke der weitere Zusatz von Wasser erforderlich, so ist solches ebenfalls nur in kaltem Zustande zuzusetzen.
3) Die gesammte Arbeit darf nur in einem luftigen, im Freien errichteten Schuppen vorgenommen werden.
4) Bevor die Arbeiter eine Mahlzeit zu sich nehmen und bevor sie die Arbeitsstätte verlassen, haben sie sich sorgfältig Gesicht und Hände zu waschen und den Mund mit kaltem Wasser auszuspülen.

Den Apothekern und sonstigen Inhabern und Leitern von Phosphorpillenfabriken im hiesigen Stadtbezirke wird die genaue Befolgung obiger Vorschriften hierdurch bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 150 ℳ für den Unterlassungs- oder Zuwiderhandlungsfall zur Pflicht gemacht.

Leipzig, den 12 October 1879.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Kretschmer.

## Bekanntmachung.

Die zur Deckung der Fehlbeträge der hiesigen Parochien aufzubringende **persönliche Anlage ist den 15. October dieses Jahres** von allen mit über 800 ℳ Einkommen eingeschätzten **beitragspflichtigen evangelisch-lutherischen Glaubensgenossen mit der Hälfte des einfachen städtischen Einkommensteuersatzes fällig**, und sind die Anlagebeträge spätestens binnen 14 Tagen von dem Termin ab an die Stadt-Steuer-Einnahme — Brühl 51, blauer Harnisch, 2. Stock — abzuführen, widrigenfalls gegen die Säumigen nach Ablauf der Frist die gesetzlichen Maßregeln eintreten müssen.

Leipzig, den 13. October 1879.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Taube.

## Deutschland und Oesterreich.

Was bisher vergebens erwartet worden war, scheint nun eintreten zu sollen. Die der deutschen Reichsregierung andererseits und der österreichisch-ungarischen Regierung andererseits nahestehenden Blätter lassen sich herbei, zu den zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Grafen Andrassy getroffenen Vereinbarungen einen entsprechenden Commentar zu geben. Heute ist es die im Auftrage Andrassy's in Wien redigirte „allerwelts officiöse" „Politische Correspondenz", welche in einem Berliner Briefe das Wort nimmt, um der Lage den folgenden bedeutsamen Ausdruck zu geben.

„Von dem Augenblicke an, wo zwischen dem leitenden Gedanken der preußisch-deutschen Politik und den Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns kein trennender Gegensatz mehr bestand, war die Annäherung der beiden Mächte an einander auf einer neuen, aber desto festeren Basis geboten; sie hat sich langsam, aber sicher vollzogen und ihre Besiegelung in dem Augenblicke empfangen, in welchem die österreichisch-ungarische Monarchie nach sorgfältiger Sammlung, Vorbereitung und Entfaltung ihrer Kräfte wieder activ und bestimmend eingreift in das Räderwerk der europäischen Politik. Diese Entwickelung der Dinge ist eine durchaus naturgemäße; das inoffensive, aber defensiv starke Bollwerk des Friedens, welches sich heute in Mittel-Europa erhebt, Deutschland-Oesterreich-Ungarn, ist durch kein künstliches Gefüge zusammengehalten; es ist der alte Bund in verjüngter, den veränderten Zeit- und Machtverhältnissen angepaßter Gestalt. Seitdem die deutsche Einheitsbewegung in den Jahren 1847/48 zuerst ihre stärkeren Wellen schlug, ist der engere Bund der deutschen Staaten, der weitere mit Oesterreich stets der leitende Gedanke der preußischen Politik gewesen, wie er in Frankfurt, dann in Erfurt von den schnell wechselnden Ministerien einer Zeit, namentlich von Radowitz verfolgt wurde und von dem Augenblicke an wieder lebhafter hervortrat, als Preußen mit der Regentschaft wieder kräftiger und vollbewußter eintrat in die Last und die Ehren seines deutschen Berufs. Jenseits der gedeihlichen Sammlung der Kräfte Deutschlands und für die preußischen Könige und Staatsmänner war es als selbstverständlich die Ergänzung dieses Bundes durch ein festes Bündniß mit Oesterreich. Die Lösung dieser Aufgabe war für friedliche Bestrebungen wohl nicht erreichbar, aber erst als sie auf dem Wege der bewaffneten Entscheidung gesucht wurde, verlor Preußen keinen Moment das Ziel aus dem Auge, daß der Krieg nur um einen festen, dauerhaften Frieden geführt werden dürfe, welcher Friede die Basis zu dauernd aufrichtigen Freundschafts-Beziehungen werden sollte. Auch dieses schwierigere und glorreichere Ziel ist erreicht worden, erreicht worden zumeist durch, daß die beiden Souveraine und die beiden leitenden Staatsmänner in wenigen Jahren das volle gegenseitige Vertrauen zu einander fanden, welches die Vorbedingung jeglicher Freundschaft auch im politischen Leben ist. In ernsten Krisen der vergangenen Jahre hat dieses Vertrauen sich bewährt, Deutschland stand ein für Oesterreichs Interessen, wo die Wogen der orientalischen Bewegung die Grenzlinie dieser Interessen bedrohten, es gewährte damit zugleich der Politik des befreundeten Nachbarreiches einen starken Rückhalt gegen die leidenschaftlichen Strömungen in den eigenen Ländern. Auf dem Berliner Congreß stand Deutschland zu Oesterreich-Ungarn; in allen Fragen von vitaler Bedeutung, mit Oesterreich-Ungarn verbunden, stand es für die stricte Durchführung des Vertrages ein, welcher der Ausgangspunct einer conservativen Entwickelung der orientalischen Verhältnisse geworden ist. Der friedliche Freundschaftsbund Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn bedroht Niemanden; er bezweckt nach keiner Seite hin eine Gebietserweiterung, keine Einmischung in die Angelegenheiten fremder Nationen. Wohl aber bezweckt er die Sicherung des beiderseitigen Gebietes, die Aufrechterhaltung des europäischen Rechtszustandes, wie er durch diejenigen Verträge geschaffen worden, auf denen heute die völkerrechtlichen Beziehungen der europäischen Nationen beruhen, und endlich die Förderung der materiellen Entwicklung beider Reiche und ihrer Staatsangehörigen durch solche Maßnahmen auf dem Gebiete des Wirthschafts- und Verkehrslebens, wie sie den gemeinsamen Interessen entsprechen."

An dieses Geständniß — es handelt sich um den formellen Abschluß eines Garantievertrages — welches anfänglich mit großer Beharrlichkeit geleugnet wurde, knüpft der Correspondent die wohl ziemlich müßige Versicherung, daß die österreichisch-deutsche Uebereinkunft keineswegs gegen Rußland gerichtet sei und daß kein Volk Europas davon Nachtheile haben solle. Es sei sogar jede Nation willkommen, welche ernstlich gewillt sei, den neugeschaffenen Rechtszustand zu fördern und zu verbürgen. Diese positive Versicherung kann nicht verfehlen, kriegerische Gelüste, wo immer sie hervortreten sollten, erheblich zu zügeln; und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so weht bereits von der Newa der Wind in anderer Richtung als bisher. Ob für die Dauer oder nicht, die sonst sich so zügellos geberdende russische Presse befleißigt sich auf einmal einer ganz ungewöhnlichen Mäßigung, und vielleicht ist der Zeitpunct nicht fern, an welchem der mit allen Mitteln der Rancune aufgebauschte Zeitungsstreit ruhmlos in sich selbst zusammenfällt.

## Politische Uebersicht.

**Leipzig, 15. October.**

Im **conservativen** Lager herrscht eitel Freude und Siegesjubel. Wir fügen hinzu: mit vollem Rechte, denn die Erfolge, welche die verschiedenen Gruppen der conservativen Partei bei den preußischen Wahlen davongetragen, stellen ohne Zweifel die äußerste Grenze dar, bis zu welcher dieselben jemals im Staatsleben vorzudringen Hoffnung haben können. Es scheint uns undenkbar, daß in Zukunft jemals in einer gesetzgebenden Körperschaft des im Grunde genommen freisinnigen Preußens die conservative Sache eine noch stärkere Vertretung aufzuweisen haben wird, als gegenwärtig, wo eine Reihe von günstigen Umständen ihr aufs Erfolgreichste in die Hände arbeitete. Eine ausschließlich conservative Majorität aber ist ein Traum, dem sich im eigenen Lager wohl nur Wenige ernstlich hingeben werden. Das parlamentarische Leben des leitenden deutschen Staates wird noch lange Zeit die drei großen Gruppen der Conservativen, der Liberalen und der Ultramontanen aufweisen, von denen immer zwei zusammengehen müssen, um der dritten überlegen zu sein. Bemerkenswerth ist dabei das Verhalten der Regierung. Die ihr eng befreundete oder sclavisch ergebene Presse thut, als ob jederzeit das alte Verhältniß einer die Regierung unterstützenden Majorität, bestehend aus den conservativ-liberalen Mittelparteien, wiederhergestellt werden könnte, ja als ob nach Belieben die Regierung die ihr nöthige Stimmenzahl von Fall zu Fall bald aus den Nationalliberalen, bald aus dem Centrum ergänzen könne, als ob ihr zwei Reserven gleichmäßig zur Verfügung ständen. Wir halten diese Auffassung der Sachlage für optimistisch, wenn nicht ganz verfehlt. Das Staatsleben ist ein Ganzes, und man kann nicht eine Politik treiben, die sich in wichtigen Fragen heute auf Liberale, morgen auf Ultramontane stützt. Man kann wohl Gegensätze ausgleichen, die sich nicht schroffer gegenüberstanden, als die Nationalliberalen und die freieren Richtungen der Conservativen. Zwischen so principiellen und entschiedenen Gegensätzen aber, wie zwischen den Liberalen und den Ultramontanen sowie der ihnen nahestehenden äußersten Richtung der Conservativen, zwischen solchen Extremen giebt es eine Vermittelung nicht mehr. Beharren die Regierung und das conservative Lager auf dem falschen Wege des Pactirens mit dem Centrum, so verzichten sie damit von selbst auf eine Verständigung mit den Nationalliberalen, und so weit man in unserer an Ueberraschungen reichen Zeit die Entwickelung der Dinge voraussehen kann, wird die bevorstehende preußische Landtagssession keineswegs dazu beitragen, die parlamentarischen Grundverhältnisse wieder in das alte Geleise zu führen, da sich aus den gemäßigten Mittelparteien die Majorität für alle wichtigen Gesetzgebungsacte bildete.

Der **Reichskanzler** liegt, wie aus Varzin gemeldet wird, mit Freuden der Jagd ob, genießt seine Herbstfrische überhaupt mit vollem Behagen. Vielleicht weit über seine Erwartungen hinaus hat sich die äußere sowohl wie die innere Lage gestaltet und von „Frictionen" ist nicht mehr die Rede. Bestimmt verlautet, daß Fürst Bismarck an der Landtagssession persönlich nicht theilzunehmen gedenkt, so wichtig dieselbe auch für das ganze politische Leben werden muß. Dafür wird man erwarten dürfen, daß jetzt der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums, Graf Stolberg, mehr in den Vordergrund tritt. Die Thätigkeit des Grafen hat sich bisher so wenig bemerkbar gemacht, daß man an dem praktischen Werthe des Stellvertretungsgesetzes, durch welches das Amt des „Vicekanzlers" geschaffen wurde, einigermaßen zweifelhaft werden konnte. Die dauernde Anwesenheit des Reichskanzlers bei den letzten Reichstags-Verhandlungen machte allerdings auch eine Stellvertretung entbehrlich. Um so mehr aber wird jetzt für den Grafen Stolberg Gelegenheit geboten sein, sich als Politiker zu zeigen. Mit welchem Glücke, darauf darf man gespannt sein. Ueber den Geschäftskreis der Session schreibt uns unser Correspondent vom Dienstag aus Berlin: „Die officielle Bekanntmachung über den Beginn der Landtagssession ist zwar noch nicht erschienen, indeß steht es nach der „Prov.-Correspondenz" fest, daß die Verhandlungen heute über vierzehn Tage, am Dienstag den 28. October eröffnet werden. Ob die Vorbereitungen für die Feststellung des Staatshaushaltsetats bereits so weit gediehen sind, daß derselbe gleich in den ersten Tagen der Session vorgelegt werden kann, darüber haben uns die Officiösen diesmal im Unklaren gelassen. Eine gewisse Verzögerung kann allerdings in diesem Jahre dadurch herbeigeführt sein, daß drei Ressorts — und darunter gerade eines, das bei den Etatsarbeiten die meisten Schwierigkeiten zu bieten pflegt — im Laufe des Sommers ihren Chef gewechselt haben. Wenn man im landwirthschaftlichen, im Finanzministerium und besonders im Cultusministerium noch nicht ganz fertig wäre, so würde Das also bis zu einem gewissen Grade entschuldbar erscheinen. Bei dem Ressort des Justizministeriums trifft das nicht zu; hier sind im Gegentheil die durchgreifenden Aenderungen, welche in Folge der neuen Gerichtsorganisation nothwendig geworden waren, schon durch den im Februar d. J. vorgelegten und von beiden Häusern des Landtages unter den zweckdienlichen Modificationen bewilligten Nachtragsetat für das Halbjahr vom 1. October 1879 bis 1. April 1880 bereits vorweggenommen worden. In Abgeordnetenkreisen muß diesmal natürlich ebenso wie früher der Wunsch rege sein, daß baldmöglichst der ganze Etat vorgelegt werde, damit er bis zu den Weihnachtsferien wenigstens das Abgeordnetenhaus passiren könne." So weit der Bericht.

Was Dr. Falk auf dem Gebiete der preußischen Schule mit Mühe und unter heftigen Bedrängnissen auferbaut, wird von seinem Nachfolger im Amte, Herrn v. Puttkamer, mit unheimlicher Initiative wieder eingerissen. Eine aus dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordneten-Vorsteher von Elbing bestehende Deputation, welche bei Sr. Excellenz dahin wirken sollte, daß seine Verfügung in Sachen der Elbinger Simultanschule wieder zurückgenommen würde, hat, wie vorauszusehen war, Nichts erreicht. Der Cultusminister hat der Deputation rund heraus erklärt, daß seine Auffassung über die Simultanschule zu den wesentlichen Puncten gehöre, in denen er nicht mit seinem Vorgänger einverstanden sei; ein unbedingter Gegner der Simultanschule sei er zwar nicht, insofern er nicht alle bestehenden ohne Unterschied aufheben wolle; seiner Ansicht nach dürfte dieselbe indeß nur da zugelassen werden, wo locale Verhältnisse es unbedingt erforderten. Hiermit hat Herr v. Puttkamer seinem principiellen Standpuncte in offenster Weise Ausdruck gegeben, so daß weitere Schritte nach gleicher Richtung nicht mehr überraschen können. Zu diesem Vorgange bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz": „Noch ist nichts Zuverlässiges bekannt geworden, ob dem Landtage in seiner bevorstehenden Session eine Revision der neueren kirchenpolitischen Gesetzgebung wird vorgeschlagen werden. Einstweilen legt der Cultusminister nur auf dem Verwaltungswege Zeugniß ab von dem veränderten Geiste, der in sein Ressort eingezogen ist, und bei dem Mangel eines Unterrichtsgesetzes hat die Verwaltung leider auf dem Gebiet der Schule einen sehr ausgedehnten Spielraum. Die jüngste Verfügung in Sachen der confessionellen Schule hat bei den Conservativen und Ultramontanen lebhaftesten Beifall gefunden. Die „Germania", die eine Zeitlang ihr Mißtrauen nicht verhehlen konnte, zollt jetzt wieder Herrn v. Puttkamer freudige Anerkennung. In demselben Grade, wie auf jener Seite Beifall, müssen die Maßnahmen des neuen Cultusministers in allen liberalen Kreisen Mißtrauen und Opposition hervorrufen. Von den neuen Ministern wird ohne Zweifel Herr v. Puttkamer den schwersten Stand vor dem Abgeord-